Die Posener Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme Montags.

Bestellungen nehmen alle Post-Anstalten des In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Das Abonnement beträgt vierteljährl. für die Stadt Posen 1 Rthlr., für ganz Preußen 1 Rthlr. 7 sgr. 6 pf.

Insertionsgebühren 1 sgr. 3 pf. für die viergespaltene Zeile.

№ 274. Freitag den 23. November. 1849.

Berlin, den 22. November. Se. Durchlaucht der Fürst **Alexander zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** ist nach Braunschweig, und Se. Excellenz der General der Kavallerie und Ober-Befehlshaber der Truppen in den Marken, **von Wrangel**, nach Frankfurt a. d. O. abgereist.

Deutschland.

♀ **Berlin**, den 20. November. Man hat gestern hier ein Fest zur Feier der Herausgabe der Städteordnung im Mielentz'schen Lokale begangen. Das Fest war durch Dreierlei sehr merkwürdig: Einmal dadurch, daß sehr viele Leute, welche sonst gegen alle Oktroyirungen sind, **die von 1808** durch ihre Gegenwart verherrlichen halfen; zweitens dadurch, daß an dieser Demonstration gegen die neue Gemeindeordnung (denn weiter war es im Grunde nichts) die Minister Theil nahmen, und drittens durch den Character, den das Fest an sich selbst, abgesehen von allen Vorerinnerungen, zeigte; äußerlich die größte Harmonie, innerlich Zwiespalt. Man kann es sich kaum denken, daß in einer Gesellschaft, wo die Cordialität so weit getrieben wird, daß Hohe und Niedere, nach dem alten Sprachgebrauche, **bunte Reihe machen**, sich Ausdrücke hören lassen, wie „Herausschmeißen" und dergl.: dennoch war dem so, und obwohl der Minister von Manteuffel zwischen dem Bürgermeister Naunyn und dem Stadtverordnetenvorsteher Seidel, der Minister von Ladenberg zwischen dem Letzteren und dem Stadtverordneten Schäffer saß ꝛc., fand doch keins der Lieder, welche eigends zu dem Feste gedichtet worden waren, so viel Anklang, daß es sich ohne Opposition hätte geltend machen können. Es mußten sehr große Mißverständnisse vorwalten, da sogar die schöne Rede des Ministers Manteuffel nicht durchgriff. — Freilich ist unsere Zeit die Zeit der Mißverständnisse, das beweist Niemand mehr, als unsere Stadtverordnetenversammlung. Gerade die linke Seite derselben, der Demokraten, stimmen bei der so sehr angefochtenen Gemeindeordnung für den höheren Census, für 500 Thaler nämlich. Das verstehe, wer es kann! — Viel begreiflicher dagegen ist es, daß Se. Excellenz, der Graf von Brandenburg, sich nicht bewogen gefunden hat, bei diesem Feste, welches vorzüglich von den Stadtverordneten unternommen worden ist, zu erscheinen. Erst opponirt man einem der Höchstgestellten, dann ladet man ihn ein — das ist Methode!

Berlin, den 20. November. (Demokr. Z.) Die lith. Corr. erinnert daran, daß die von Ohm gebrauchte Chiffreschrift schon vor längerer Zeit in der Kreuzzeitung veröffentlicht worden ist. Ferner macht sie bekannt, daß Ohm während seiner Gefangenschaft von Goetsche erhalten worden ist und daß dieser ihm jetzt auch in H. Gall einen Vertheidiger bestellt hat. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Beide unter einer Decke stecken, und es fragt sich nur, wer von ihnen den andern hat für sich gebrauchen und betrügen wollen. Die Kunststücke, welche sie zu Stande gebracht, sind aber so plump ausgeführt worden, daß Jeder den Betrug merken muß. Einige Briefe, die d'Esters Unterschrift tragen, sollen in dem rohesten Styl eines Handlungsdieners geschrieben, andere sogar mit dem Siegel der Wirthsleute Ohms versiegelt sein, dabei wird in den Briefen aber fortwährend aufmerksam gemacht, daß mit der größten Vorsicht verfahren werden müsse und kein Brief aufbewahrt werden dürfe. — Auch die erwähnte Chiffresprache ist wahrhaft kindisch und kann nur einem ganz dürftigen Kopfe entsprungen sein.

— (Berl. N.) Se. K. H. der Prinz von Preußen wird wahrscheinlich nur bis zu Ende dieser Woche hier verweilen und sodann seine Inspectionsreise in Westphalen und der Rheinprovinz fortsetzen. Die Herkunft des Prinzen dürfte einen entscheidenden Einfluß auf die baldige Zusammenberufung des Reichstags ausüben. Das Wahlgesetz für den letzteren ist im Staatsministerium bereits ausgearbeitet und soll noch im Laufe dieser Woche, mit den für Preußen maaßgebenden Bestimmungen, bekannt gemacht werden. Wie wir erfahren, hat sich der Verwaltungsrath jetzt bestimmt für Erfurt, als Sitz des Reichstags, entschieden. Wahrscheinlich wird eine der dortigen Kirchen zu den Reichstags-Sitzungen eingerichtet werden. — Die Amazone (Preuß. Kriegsschiff), welche in Stettin vor Anker liegt, wird nächstens nach Danzig gehen. Die darauf sich befindenden Cadetten werden während des Winters die Cadettenschule zu Stettin besuchen. — Im Wahlkreise der Priegnitz ist an Stelle des ausgeschiedenen Unter-Staatssecretairs v. Pommer-Esche ein früheres Mitglied des Frankfurter Parlaments, Geh. Ober-Rechnungsrath Schultze aus Potsdam, in die erste Kammer gewählt worden. Der Gewählte gehörte in Frankfurt ursprünglich der Partei des Café Milani an, sein Name findet sich jedoch auch unter den Unterzeichnern der Verfassung vom 28 März. Ein vor ihm gewählter liberaler Gutsbesitzer Paalzow lehnte die Wahl ab.

— Gestern feierte der **Vaterländische Verein** den Geburtstag Ihrer Majestät der Königin in seinem Lokale, der ehemaligen Conversationshalle, durch einen großartigen Ball und Concert. Es waren hier die Herren Minister v. Ladenberg, Rabe, v. d. Heydt, der ehemalige Oberpräsident Herr v. Meding und andere hochgestellte Personen anwesend. — Die **National-Zeitung** berichtigt die auch von uns der Vossischen Zeitung entlehnte Angabe, daß dem Oberbürgermeister **Ziegler** in Brandenburg in der Anklage Schuld gegeben sei, durch seine Vermittelung in Brandenburg den Steuerverweigerungsbeschluß in 500 **Exemplaren verbreitet** zu haben. Er habe nur ein **einziges** Exemplar dieses Beschlusses einem Brandenburger, der ihn in Berlin besuchte, und **drei** Exemplare an Einen seiner Wahlmänner in Lehnin unter Couvert geschickt. (Const. Z.)

Berlin, den 21. November. (Const. Ztg.) Der „**Berliner Lokalverein für das Wohl der arbeitenden Klassen**" hat seinen Bericht über die 16monatliche Wirksamkeit der Bezirks-Vorschuß-Vereine erstattet. Diese Vereine, deren gegenwärtig 63 in Berlin existiren, haben im Allgemeinen den Zweck, die kleinen Handwerker und Fabrikanten durch Geldvorschüsse im Nahrungsstande zu erhalten. Die ersten Vereine bildeten sich im Juni des vorigen Jahres.*) Die Vorschüsse oder Dahrlehne werden von 1 bis 50 Thlr., nach Umständen zinsfrei oder gegen mäßige Zinsen, in der Weise gegeben, daß die Tilgung in 30 Wochen und in bestimmten wöchentlichen Raten geschehen muß; wer Vorschuß oder ein Darlehn erhält, muß einen zuverlässigen Bürgen stellen.**) Der Lokal-Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen hat gewissermaßen die obere Leitung der Bezirks-Vorschuß-Vereine übernommen***) und sich bestrebt, durch verschiedene andere Einrichtungen diesen nützlich zu werden. Mit diesen Vorschuß-Vereinen sind in verschiedenen Bezirken noch verbunden: Bürgschaften für Zahlungen; Kredit-Eröffnung bei Kaufleuten und Fabrikanten; Diskontirung ausstehender Forderungen; Unterstützungen mit Geschäftsmaterial, Holz, Kleidungsstücken und Lebensmitteln; Nachweisung oder Beschaffung von Arbeit; Sparvereine; Beschaffung billiger Bedürfnisse durch Ankauf im Großen; Ertheilung von Rath in mannigfachen Lebensverhältnissen, ärztlicher Hülfe und Arznei in Krankheit; Gründung einer Bezirks-Bibliothek ꝛc. Die Resultate sind im Allgemeinen vollkommen zufriedenstellend, wenn gleich es bei solchen Vorschuß-Vereinen nicht zu vermeiden sein wird, daß einzelne Vorschüsse verloren gehen. Die Betheiligung des Publikums durch Darlehne, Geschenke und laufende Beiträge besteht in lobenswerther Weise fort, und es haben 60 Vereine ein Gesammt-

	Thlr.	Sgr.	Pf.
Betriebs-Kapital der Kassen von	30747 Thlr.	19 Sgr.	— Pf.
wovon an Verwaltungs-Kosten und zurückgezahlten Darlehnen abgehen	2986 =	28 =	5 =
Bleibt Betriebs-Kapital	27760 Thlr.	20 Sgr.	7 Pf.
An Vorschüssen sind bewilligt worden	32055 Thlr.	3 Sgr.	— Pf.
mithin 4294 Thlr. 12 Sgr. 5 Pf. mehr, als Betriebs-Kapital, was durch die erfolgten Rückzahlungen möglich gewesen.			
Als verloren sind zu betrachten	1278 =	29 =	4 =
Von den bewilligten Vorschüssen stehen aus	19088 Thlr.	8 Sgr.	11 Pf.
Kassen-Bestand ist	8243 =	27 =	8 =
Passiva der Kassen sind (Darlehen)	6113 =	24 =	9 =
Das Vermögen sämmtlicher Kassen, welches sich fortwährend vermehrt, ist	1993 =	12 =	6 =

Schließlich macht der Lokal-Verein ꝛc. mehrere Vorschläge zu einer näheren Verbindung der Vorschuß-Vereine und Dahrlehnskassen durch Gründung einer Centralkasse, bei welcher jeder Vorschuß-Verein sein eigenes Conto hätte und somit die überflüssigen Gelder des einen Bezirks flüssig gemacht würden. Der Lokal-Verein hofft, „daß die Ueberzeugung sich Bahn brechen werde, wie doch zum Mindesten für die Bewohner einer und derselben Stadt eine gewisse Solidarität zur Abhülfe und Beseitigung der Noth bestehe, und wie das rüstige Vorauschreiten auf dieser Bahn den Staat veranlassen würde, sich dabei zu betheiligen und ein Kreditinstitut schaffen zu helfen, das dem Handwerkerstande nützlicher werden würde, als alle Gewerbeordnungen der Welt." — Die Const. Correspondenz bestätigt es, daß „nach dem Beschlusse des Verwaltungsrathes die Wahlen zum Volkshause des Deutschen Parlaments am 31. Januar stattfinden werden." — Die Weihnachts-Ausstellung in Krolls Lokale wird mit dem 9. Dezember beginnen. — Dem Musikdirektor des gesammten Garde-Regiments-Musik-Corps ist behufs einer Matinee zum Besten der Wittwen und Waisen der 1. Garde-Cavallerie-Brigade und des Garde-Jäger-Bataillons die Benutzung des Opernhaussaales bewilligt.

*) Der erste Begründer ist der Kammerg.-Assessor Dr. **Gaebler** zu Berlin.

**) Nicht bei allen Vereinen wird dies erfordert.

***) So weit sie ihm von denselben anvertraut ist, was jedoch nicht von allen Bezirkskassen geschehen. D. Red.

— (Berl. N.) Der General v. Wrangel schenkte dem Fräulein Amalie Dietrich für das ihm dedicirte „Wrangel-Lied" sein Bildniß mit seiner eigenhändigen Unterschrift. — Vor dem Schwurgericht wurde gestern wiederum ein sehr complicirter Betrugsprozeß gegen eine den höheren Ständen angehörige Person, den Regierungs-Assessor und Landwehr-Hauptmann Müller, verhandelt. Die Verhandlung fand im Contumazialverfahren statt, da der Angeklagte flüchtig geworden ist. Seine Verbrechen bestanden hauptsächlich in der Fälschung von Hypotheken-Instrumenten. Er ist zu einer Strafarbeit von zwei Jahren, Ersatz der Summe von 12,500 Thlr., eventuell einer dafür abzubüßenden Strafhaft von 6 Jahren, verurtheilt worden. — In Falkenburg (Reg.-Bez. Cöslin), einem Städtchen von 3000 Einw., raffte die noch immer dort hausende Cholera vom 8. Oktober bis zum 8. November 200 Menschen hinweg.

Berlin, den 22. Nov. (Const. Z.) Den Kammern ist der Entwurf des Gesetzes über die **Aufhebung des** dem Militair-Waisenhause zu Potsdam zustehenden **Intelligenz-Insertionszwanges** und der amtlichen Intelligenzblätter zugegangen. Derselbe lautet wie folgt: §. 1. Der dem Militair-Waisenhause zu Potsdam zustehende Intelligenz-Insertionszwang wird mit dem 1. Januar 1850 gänzlich aufgehoben. §. 2. Von eben der Zeit (§. 1) ab, hört zugleich überall die amtliche Ausgabe von Intelligenz-Blättern auf. — Für Berlin wird statt des dort bestandenen Intelligenz-Blattes künftig ein öffentlicher Anzeiger herausgegeben, der die Stelle des, mit dem Amtsblatte einer jeden Regierung verbundenen Anzeigers vertritt. §. 3. In allen Fällen, in welchen die Gesetze eine Bekanntmachung durch die Provinzial-Intelligenzblätter vorschreiben, tritt mit dem 1. Januar 1850 an deren Stelle eine Bekanntmachung durch den öffentlichen Anzeiger der Regierungs-Amtsblätter und beziehungsweise der Stadt Berlin. §. 4. Dem Militair-Waisenhause zu Potsdam wird für die Entziehung der ihm stiftungsmäßig bisher aus dem Intelligenz-Insertionszwange und der Herausgabe von Intelligenzblättern zuständigen Einkünfte vom 1. Januar 1850 ab, aus der Staatskasse eine jährliche Entschädigungs-Rente von 40,000 Thlr. gezahlt. Auch übernimmt der Staat die in Folge der Aufhebung des bisherigen Intelligenz-Insertionszwanges und Intelligenzblattwesens etwa zu gewährenden **Entschädigungen an Beamte und sonstige Interessenten.**

Breslau, den 19. November. (Bresl. Ztg.) Ein feierlicher Akt wurde heute in der Mittagsstunde auf dem hiesigen Militairkirchhofe vollzogen. Zahlreiche Vertreter des Civil- und Militairstandes hatten sich selbst eingefunden, um der Enthüllung eines Denkmals für die am 7. Mai im Straßenkampfe hier gefallenen Krieger beizuwohnen. Um das reichlich mit Blumen verzierte gemeinsame Grab, welches die Gefallenen birgt, bildete sich ein großer Kreis von Truppentheilen aller Waffengattungen; auch eine Deputation des gegenwärtig in Schweidnitz garnisonirenden 23. Infanterie-Regiments war erschienen. Nach einem einleitenden Gesangstücke, daß von den Theatersängern vorgetragen wurde, hielt der Kammerherr und Geheime Justizrath Graf Hoverden-Plenken eine Ansprache an die Versammlung. Hierauf bestieg der Kommandant, General v. Aschoff, den Hügel, um den todten Kriegern eine Gedächtnißrede zu halten, welche den Geist der Versöhnung und Milde athmete. Als die Militair-Musik zum Schlusse eine sanfte Trauerweise anstimmte, wurde das Monument enthüllt. Dasselbe ruht auf einem Piedestal von Granitstein, und besteht in einer Pyramide, die von Herrn Bungenstab sehr geschmackvoll in Schlesischem Marmor gearbeitet ist. Auf dem Würfel der Pyramide sind die Namen der gefallenen Militairs eingegraben; der mit militairischen Emblemen geschmückte Gipfel war von einem frischen Lorbeerkranze umwunden. Die Mittel zur Errichtung dieses Monuments sind aus freiwilligen Gaben der hiesigen Einwohnerschaft zusammengeflossen. Auch die Provinz hat das ihrige beigesteuert.

Stettin, den 20. November. (Nordd. Ztg.) Nachträglich melden wir, nach der „Ostsee-Zeitung," daß das Kriegsgericht, welches über den Marine-Lieutenant **Jachmann** zu urtheilen hatte, aus den Majors Teichert, Gäde, Lenz, Heyduck, dem Hauptmann Ziethen, dem Kommandore Schröder als Präses, den Marine-Lieutenants Kuhn und Weichard, und dem Auxiliar-Offizier Rubart bestand.

Stralsund, den 17. November. (Const. Z.) Sollte es mit der Fortdauer des Waffenstillstandes oder mit Schließung eines definitiven Friedens in den Schleswigschen Angelegenheiten noch zweifelhaft sein? Sollte uns ein abermaliger baldiger Ausbruch eines Krieges mit Dänemark bevorstehen? Derartige Befürchtungen sind gewiß nicht aus der Luft gegriffen, denn dem hiesigen Besitzer der Rübenzuckerfabrik, welcher außerhalb des Thores große Quantitäten Rüben in Erdlagern aufgespeichert hat, ist bereits von der Fortifikationsbehörde die Ankündigung zugegangen: bei dem mit Dänemark etwa ausbrechenden Kriege für die unbedingte sofortige Fortschaffung der vor dem Franken-Thore lagernden Rüben Sorge zu tragen, da die Erdaufwürfe, in denen sie sich befinden, im 1. Rayon der Festung

liegen und vom Staate dieserhalb kein Ersatz beansprucht werden könne. Die ernsten Befürchtungen für unsere Schifffahrt und den hiesigen Handel, die demzufolge im Publikum auftauchen, scheinen daher nicht völlig unbegründet zu sein.

Kiel, den 17. November. Wenn man vier in der letzten Zeit vacant gewordene Plätze von Abg. abrechnet, die nicht haben ersetzt werden können, weil die Landesverwaltung die Vollziehung der Wahlen in Schleswig verhindert hat, so giebt es gegenwärtig im Ganzen 41 Schleswigsche Abgeordnete zur Schleswig-Holsteinischen Landesversammlung von diesen 41 sind 36 während der letzten Zusammenkunft in Kiel gegenwärtig gewesen, nur 5 sind nicht erschienen; diese 5 aber haben sämmtlich ihre Abwesenheit schriftlich entschuldigt, und es ist ihnen darauf von der Versammlung der erforderliche Urlaub bewilligt worden. (H. B.)

Husum, den 18. Novbr. Das heutige Wochenblatt enthält folgende Bekanntmachung: „Die Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig hat mit Rücksicht auf die aus der Stadt Husum an sie gelangte, vom 5. d. M. datirte, von den frühern Mitgliedern des Magistrats, mehreren hiesigen Beamten und einer Anzahl von Bürgern und Einwohnern hierselbst unterzeichnete Eingabe, in welcher die Unterzeichner erklärt haben, „daß sie gegen die von der Landesverwaltung als einer ungesetzlichen Gewalt verfügte Aufhebung bestehender Gesetze als einen Act der Willkür protestiren und jene Gesetze nach wie vor als gültig betrachten" mittelst Verfügung vom 22. d. M., damit der solchemnach der vertragsmäßig für das Herzogthum Schleswig eingesetzten Regierung verweigerte Gehorsam bewirkt werde, und da die Hindernisse, welche der Herstellung der Ordnung in der Stadt Husum annoch entgegentreten, vornehmlich dem unzulässigen Verhalten der aus dem hiesigen Wochenblatt am 28. v. M. bekannten Unterzeichner der obigen Erklärung beizumessen sind, beschlossen, daß das für die Stadt Husum bestimmte Executionscommando Kgl. Preuß. Truppen, bestehend aus zwei Compagnieen Infanterie und den Husaren, mit Uebergehung der übrigen Einwohner unter die Unterzeichner der gedachten Erklärung vertheilt und von jedem der danach Bequartierten die Kosten der demselben als Execution beigelegten Einquartierung getragen werden sollen.

Die Einquartierungskommission hieselbst ist mit der Vertheilung des obgedachten Executionscommando's über die Unterzeichner der gedachten Erklärung beauftragt und ist der 12. d. Mts. als Anfang der zuzulegenden Execution bestimmt, welche bis auf nähere Verfügung der Landesverwaltung fortdauern wird. Vorstehendes wird hierdurch mit dem Beifügen zur Kunde gebracht, daß für die übrigen hier stationirten Königl. Preußischen Truppen die gewöhnliche Vergütung noch 6½ Schilling Ct. pr. Tag seiner Zeit gewärtigt werden kann. Davids. (Nord. Fr. Pr.)

Oesterreich.

LNB Wien, den 16. November. Sr. Maj. der Kaiser hat gestern Abend die Reise nach Prag angetreten. — Der neue Zolltarif beschäftigt fortwährend die öffentliche Aufmerksamkeit im vorwaltenden Sinne, und die wiederholten Erklärungen des Handelsministers, daß er mit der öffentlichen Meinung Schritt für Schritt gehen und der inländischen Arbeit hinreichenden Schutz angedeihen lassen werde, können die aufgeregten Gemüther nur beschwichtigen. Der Unbefangene wird es gewiß billigen, daß in die Idee eines allgemeinen Industriekongresses nicht eingegangen wird, da es hier eben so schwer würde, die Vertretung als die Vereinbarung der verschiedenartigen Interessen zu erzielen. — Schwerer dürfte es werden, den für nöthig erachteten Finanzmaßregeln, sowohl den bisher kundgegebenen, als den noch weiterhin zu gewärtigenden, die allgemeine Zustimmung zu erringen. Die Ausdrücke, womit der neue Finanzminister in Frankreich auf Zurücknahme der Einkommensteuer, als im Prinzip verwerflich anträgt, können nicht verfehlen, auch hier Bedenken zu erregen. Jedenfalls aber müssen sich die sanguinischen Erwartungen hinsichtlich des Ertrags dieser Steuer herabstimmen, wenn man erwägt, daß in dem reichen Frankreich, woselbst nächst England sich die Klasse der Rentiers am zahlreisten vorfindet, der Ertrag dieser Steuer auf 60 Millionen Fcs. das ist ein Zehntel des veranschlagten Defizits und etwa ein Fünfundzwanzigstel des Gesammteinkommens veranschlagt wird. Die Verhältnisse erscheinen überdies um so schwieriger, da eben so wohl unterrichtete als gutgesinnte Journale die Möglichkeit von dermaligen Ersparnissen weder in der Civil- noch in der Militairverwaltung einsehen. Andrerseits will man sich nur mit einem solchen Ausbau der Finanzen befreunden, welcher auf Recht und Billigkeit begründet ist, und in dieser Richtung begegnet eine durchgeführte Nullifizirung der Kossuthnoten in Ungarn noch immer einer mehrseitigen Opposition. Gleichen Widerspruch erfährt die Einbringung einiger Millionen an Strafgeldern durch Umlage derselben auf Schuldlose in der unhaltbaren Folgerung des gleichen politischen Bekenntnisses aus dem gleichen religiösen. Nicht minder endlich würde es für die Fundamente des neu aufzuführenden Gebäudes als unsicher erscheinen, wenn den bereits beglaubigten Ansprüchen der ältern Staatsgläubiger die von der vormärzlichen Regierung wiederholt ausgesprochene Anerkennnug versagt bleiben sollte.

Frankreich.

Paris, den 15. November. L. Napoleon gab heut mehreren Italienischen Cardinälen Audienz, die kürzlich hier angelangt sind. — Die Cousine L. Napoleon's, die Gräfin Douglas, ist nach Italien abgereist. — Nach der „Estafette" beschäftigte man sich gestern im Ministerrathe, dem L. Napoleon beiwohnte, mit Prüfung der finanziellen Entwürfe des Herrn Fould, wobei es zu ernsten Debatten kam. Der Minister schlug die Herstellung des Zeitungs-Stempels vor, der Ministerrath soll sich jedoch nach ledhaften Erörterungen für die Zurückweisung des Vorschlag entschieden haben. (Köln. Ztg.)

Paris, den 16. November. (Köln. Z.) Dufaure soll beabsichtigen, sich der Annahme des angeblich nächstens zur Vorlage kommenden Gesetz-Entwurfs zu widersetzen, welcher das Jahres-Gehalt L. Napoleon's auf 3 Mill. zu erhöhen bestimmt ist. Wie es heißt, wird er erklären, daß das Ministerium, dem er angehörte, bloß von der Versammlung habe begehren wollen, sie möge dem Präsidenten zu Handlungen der Wohlthätigkeit jährlich 100,000 oder 200,000 Frcs. zur Verfügung stellen, welche dem Unterstützungs-Fonds der verschiedenen Ministerien entnommen werden sollten. — Man versichert, daß der morgige „Moniteur" die Ernennungen von 29 Präfekten und also auch eben so viele Absetzungen melden wird. Die Salons des Herrn F. Barrot sind jetzt fortwährend mit Aemter Suchenden angefüllt, welche ihre Ansprüche geltend machen wollen. — Unter den 67 Angeklagten, über welche der hohe Gerichtshof zu Versailles abgeurtheilt hat, befanden sich 31 Repräsentanten, von denen einer freigesprochen und einer zu fünf Jahren Gefängniß verurtheilt ward; gegen alle übrigen lautete das Erkenntniß auf lebenslängliche Transportation. Mit den Juni-Verurtheilten wurden gestern auch der verurtheilte Mai-Angeklagte Huber und der vom Kriegsgerichte verurtheilte Lieutenant Kleber nach Doullens abgeführt. — Nach der „Estafette" soll es gewiß sein, daß dem General d'Hautpoul das Ministerium des Auswärtigen übertragen ist; als den neuen Kriegs-Minister nennt sie den General Grammont. General Lahitte, den man Anfangs für das Kriegs-Ministerium bezeichnete, ist so eben zum Gesandten in Berlin ernannt worden. — Der „Moniteur" meldet, daß von den in Folge der Juni-Ereignisse von 1848 eingesperrten oder transportirten 3114 Individuen, welche L. Napoleon bei seinem Amts-Antritte in den Gefängnissen oder am Bord der Bagno-Schiffe vorfand, nicht weniger als 2597 begnadigt und freigelassen worden, und zwar 1256 nach und nach in dem Zeitraume vom Januar bis zum Oktober, die übrigen aber in den letzten paar Wochen. — Gestern war Empfang im Elisée. Thiers und Berryer fehlten, Molé und Montalembert aber waren anwesend. Wohl voreilig folgerten Manche daraus, daß eine Spaltung unter den Führern der Majorität ausgebrochen sei.

— Die heutige Sitzung der National-Versammlung beginnt mit Ueberreichung von Petitionen gegen die Beibehaltung der Getränkesteuer. Rodat erklärt, daß er seinen Antrag auf Wiedereinführung des Journal-Stempels zurückziehe, weil die Regierung selbst, nach ihrer Versicherung, einen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand ausarbeiten lasse. (Sensation.) Der Kriegs-Minister verliest die Darlegung der Motive eines Gesetzentwurfs, welcher die Berichtigung des Kriegs-Budgets für 1850 bezweckt und setzt hinzu: er habe zu erklären, daß nach der Ansicht der Regierung, welche überzeugt ist, daß der Friede in Europa keine Störung erleiden wird, der Effectivbestand von 380,000 M. für Algerien und das Innere hinreichend ist. Was die Armee von Italien angehe, so werde er dahin gelangen, in jeder Waffe Verminderungen vorzunehmen und dadurch bedeutende Ersparungen zu bewirken." Nachdem der Minister noch bemerkt hat, daß er die Ausgaben des Kriegs-Budgets auf 335 Millionen zu ermäßigen hoffe, jedenfalls aber nie Ergänzungs-Credite verlangen werde, da die Reduction auf 380,000 Mann schon im Anfange von 1850 verwirklicht werden solle, wird der von ihm vorgelegte Gesetzentwurf der Budget-Commission überwiesen. — Hierauf wird der Vorschlag berathen, nach welchem dem Vice-Präsidenten der Republik für Wohnungskosten 52,000 Fr. bewilligt werden sollen, welche jedoch die begutachtende Commission auf 20,000 Fr. ermäßigt wissen will. Dieser Antrag wird mit ziemlicher Majorität verworfen, zu welcher auch die Legitimisten gehören. Dasselbe Schicksal hat ein Amendement Gavigny's, wonach dem Vice-Präsidenten nur einstweilen für 1850 die Summe von 20,000 Fr. bewilligt werden solle. Auch diesmal stimmt wieder die äußerste Rechte mit der Linken. (K. Z.)

Schweiz.

Zürich, den 13. November. Gestern kam die Liste der neuen Ausgewiesenen; es sind im Ganzen 33, und zwar meistens Leute aus der ehemaligen Constituante. Man vermuthet von einigen Seiten, daß dies noch immer nicht die Letzten seien, und daß wahrscheinlich in Bälde noch eine dritte Liste zu Tage kommen würde. Von bekannteren Namen nenne ich Hoff, G. Mayer, Fl. Mördes ꝛc. — Täglich nimmt die Zahl der Flüchtlinge ab, heute reisten gegen 30 in ihre Heimath. (Köln. Ztg.)

Genf. Die Würfel sind gefallen: mit knapper Noth, mit einer zwischen 600 und 1000 Stimmen schwankenden Majorität, hat die radikale Partei den Wahlsieg davon getragen; der bisherige Staatsrath ist wieder gewählt. Es waren im Ganzen 10,385 Wähler, davon 9132 Genfer und 1253 in Genf niedergelassene Schweizerbürger. Von den Gewählten am meisten Stimmen hat Herr Decrey; James Fazy erst am viertmeisten; am meisten von allen Candidaten der Opposition General Dufour. Der radikale Wahlsieg wurde von der Treille mit Kanonenschüssen verkündet. In den Straßen hörte man lärmenden Jubel. Am Mittwoch Morgens war Alles wieder ruhig. — Gegen unser Erwarten jubelt die „Revue" nicht gar sehr über den errungenen Sieg. Sie freut sich nur, wie gut es sei, daß man im Jahre 1846 den alten Conseil général wieder hergestellt habe. Von der vorgefallenen Unordnung sagt sie wohlweislich kein Wort, gleich als ob Alles in schönster Ordnung vor sich gegangen wäre. Dem „Courier Suisse" wird aber geschrieben, daß man es wohl nur dem unermüdlichen Dazwischentreten des Hrn. Staatsraths Decrey zu verdanken habe, daß die Ruhe nicht ernstlich gestört worden sei. Nie werde man in Genf das Benehmen dieses Ehrenmannes an diesem Tage vergessen. Außer dem bekannten Dr. Baumgartner (dem die Kleider vom Leibe gerissen wurden, bis er fast nackt war) wurde auch der alte Staatsrath Achard-Gauthier und Leonard Revillod, die Herren Vellany und Notar Humbert mißhandelt; von einzelnen Schlägereien gar nicht zu sprechen. (Const. Ztg.)

Niederlande.

Amsterdam, den 15. Novbr. Auf den Antrag der Erben des verstorbenen Königs ist die Ueberlegungsfrist zur Erklärung über die Antretung der Erbschaft bis zum 17. Februar des nächsten Jahres verlängert worden.

Belgien.

Brüssel, den 15. Nov. (Köln. Ztg.) Das „Journal des Flandres" vom 14. Nov. meldet: Alle Fabriken in Gent, mit Ausnahme von dreien und noch einigen, wo bloß die Spinner arbeiten, feiern seit Kurzem, weil die von den Arbeitern gestellten Forderungen höheren Lohnes ihnen abgeschlagen werden mußten. In einigen Fabriken waren die Arbeiter zwar wieder in Thätigkeit getreten, sind aber von Neuem ausgeschieden. Es ist Thatsache, daß die Arbeiter von Umtrieblern, die nach bestimmten Plänen handeln, aufgehetzt worden sind. Alle Tage versammeln sich die Arbeiter in verschiedenen zu diesem Zwecke gemietheten Localitäten. Diese Versammlungen sind nicht öffentlich und die Arbeiter werden nur gegen Vorzeigung einer Karte zugelassen, welche zugleich das Recht auf eine oder mehrere Pinten Bier giebt. Wer diese Karten austheilt, und die verabfolgten Getränke bezahlt, ist unbekannt. Am 11. wurden zwei solcher Versammlungen vor dem antwerpner Thore gehalten; viele Arbeiter sah man zu Wagen ankommen. Man weiß nicht, was in diesen Versammlungen vorgeht. Die Arbeiter äußern, daß sie schweigen müßten und daß man ihnen eine Art Eid abgenommen habe. Wie allgemein verlautet, haben sich zwei Advocaten zu Rathgebern der Arbeiter aufgeworfen. Gestern begaben sich Scharen der letzteren in einige Fabriken und erneuerten ihre Forderung erhöhten Lohnes, die ihnen abermals abgeschlagen werden mußte, da die Fabrikanten den höheren Lohn zu geben ganz außer Stande sind. Wie man hört, wurden gestern einige Arbeiter, worunter ein besonders unruhiges Subjekt, verhaftet. Bis jetzt deutet nichts auf ein baldiges Aufhören des Feierns hin, das allmählig ernste Besorgnisse erregt.

Dänemark.

Kopenhagen, den 15. November. (D. R.) Der gestrige Tag, Adam Oehlenschläger's 70ster Geburtstag, wurde von etwa 200 persönlichen Freunden des Dichters, so wie Literaten und Künstlern auf der Schießbahn feierlich begangen. Der Dichtergreis wurde mit einem schönen Liede von Hauch empfangen und antwortete selbst mit einem Gedichte. Der Gefeierte, der bereits den Titel eines Konferenzraths führt und den Grad eines Kommandeurs vom Danebrog und Danebrogsmann inne hatte, ist von Sr. Maj. dem Könige zum Großkreuz des Danebrog ernannt worden.

Kopenhagen, den 17. Nov. Die Gemüther sind hier in nicht geringer Spannung über den endlichen Ausgang der Schleswig-Holsteinischen Frage. Obgleich die Nachrichten aus Holstein sehr kriegerisch lauten, so glaubt man denn noch nicht, daß es wirklich wiederum zu einem Kampfe mit den Herzogthümern kommen wird. — Hier würde man den Kampf mit den Herzogthümern allein nicht scheuen, wenn er endlich nicht zu vermeiden wäre. Man sieht mit besonderer Spannung dem Zeitpunkt entgegen, wo die neue Deutsche Centralgewalt diese Sache in die Hand nehmen will und der Holsteinischen Statthalterschaft das Ende ihrer Herrschaft verkündet. — Die Nachricht, die von Kiel, wie es darin hieß, aus „zuverlässiger Quelle" verbreitet worden ist, daß die Friedens-Unterhandlungen von Berlin hierher verlegt werden sollen, und daß außer dem Herrn v. Pechlin auch Herr v. Usedom sich zu diesem Zwecke hierher begeben würde, so wie daß der Herr Baron Blome zu Falkenberg in derselben Angelegenheit nach hier eingeladen sei — dürfte wohl einer ziemlich „unzuverlässigen Quelle" entsprungen sein. Wie lange der Herr v. Pechlin hier verbleiben wird, ist noch unbestimmt, jedoch von langer Dauer dürfte sein hiesiger Aufenthalt wohl nicht sein und wird, wie es heißt, Herr v. Reedtz ihn nach Berlin zurückbegleiten, um gemeinschaftlich mit ihm die Friedensunterhandlungen zu führen. — Uebrigens dürften die Friedensunterhandlungen, nach Einsetzung der neuen Centralgewalt, am Ende wohl nach Frankfurt verlegt werden, daher es auch Dänischerseits nothwendig sein würde, sowohl in Berlin als in Frankfurt einen Gesandten zu haben. (D. R.)

Italien.

Rom, den 9. November. Der Papst hat Benevent am 2. November verlassen und ist nach Portici zurückgekehrt. — Der Ingenieur Ferlani ist von der Römischen Regierung eingeladen worden, den Plan zu zwei Eisenbahnen, nämlich von Castelfranco nach La Porretta und von ebendort nach Ancona, einzureichen. — Aus den Listen des Gemeinderathes geht hervor, daß die öffentlichen Arbeiten 2560 Personen Beschäftigung verschafft haben. Zur Ausfüllung der Breschen zwischen den Thoren San Pancrazio und Portese wurden 800 verwandt; an den Ausgrabungen auf den Forum arbeiten 500 Personen. — Einige Gesandten der fremden Mächte lassen ihre Paläste in Rom bereits einrichten. — Der Nazionale meldet, daß der Beschluß der Französischen Kammer in der Römischen Frage die Kardinäle in ihrer Reaktion noch kühner gemacht. — Die Nachricht, von der baldigen Rückkehr des Papstes ward in Rom mit Gleichgültigkeit aufgenommen. Gehen die Franzosen weg, so müssen ihnen die Gemäßigten, ihrer persönlichen Sicherheit wegen, folgen. — Der Papst hat übrigens Betreffs seiner Rückkehr nur ausweichend geantwortet.

Neapel, den 6. November. Der König hat dem ehemaligen Französischen Minister Falloux für die Dauer seiner Cur, einen Aufenthalt in einem der Königl. Paläste angeboten.

Parma, den 9. November. Die Frau Ferrari aus Reggio sollte 25 Stockprügel erhalten, weil sie einen weißen Filzhut mit rothem Bande trug. Auf ihr Geschrei und ihre Protestation kam sie mit der Drohung davon, man nahm ihr jedoch den Hut, und sie mußte rasch abreisen. (Berl. N.)

Spanien.

Madrid, den 12. November. Die „Nacion" zeigt an, daß ein Theil der zur Italienischen Expedition verwendeten Schiffe sich nach Cuba und den Philippinen begeben solle. Der Rest wird ein Geschwader bilden, um an der Afrikanischen Küste zu kreuzen. — Die Regierung beschäftigt sich sehr ernstlich damit, ihre Beziehungen mit England wieder anzuknüpfen. Man bezeichnet Herrn Gonzales Bravo als den für London bestimmten Botschafter. — Der Cabecilla Borges soll sich wieder an der Spitze von 20 Mann in Catalonien gezeigt haben. Mehrere andere carlistische Häuptlinge sollen ebenfalls über die Gränze gegangen sein, um, wie ein Barceloneser Blatt bemerkt, einen neuen Raubzug zu machen, da sie in Frankreich das Geld, das sie bei ihrem letzten Raubzug mitgenommen, gänzlich aufgezehrt hätten. (Const. Z.)

Portugal.

Lissabon, den 9. November. An die Stelle des ermordeten d'Amaral ist Alexander d'Acunha zum Gouverneur der Portugiesischen Besitzungen in China ernannt worden. — In der Wohnung des Grafen das Antas ist vor Kurzem eine Progressisten-Zusammenkunft gehalten worden, in welcher ein Ausschuß zur Organisation der Partei in Lissabon gebildet wurde. Aehnliche Ausschüsse werden in anderen Theilen des Landes organisirt. — Die Gemeinderaths-Wahlen sind im Ganzen zu Gunsten der Regierung ausgefallen; obgleich man an einigen Orten Progressisten gewählt hat. (Köln. Z.)

Jonische Inseln.

Den 26. Oktober. Der Senat hat nach Erwägung der Botschaft des Lord Obercommissairs, in welcher die Beendigung des Aufstandes auf der Insel Cephalonia, die Ertheilung einer allge-

meinen Amnestie und die Aufhebung des Martialgesetzes angezeigt wird, den Beschluß gefaßt, dem Lord Ward und einigen Oberoffizieren des Heeres und der Marine für die von denselben an den Tag gelegte Thätigkeit zur Unterdrückung der Revolution auf Cephalonia Dank abzustatten, und alle zu diesem Ende getroffenen Maaßnahmen des Lord gut zu heißen. Der Senat behielt sich nur noch die Prüfung der Entschädigungsfrage vor. (Gaz. di Corfu.)

Amerika.

Nach Nachrichten aus Port-au-Prince vom 28. Okt. begann in Haiti eine förmliche Hungersnoth zu herrschen. Dabei trieb Faustin I. sein Kaiserliches Possenspiel ungestört fort und vertheilte mit freigebiger Hand Titel und Orden an seine Günstlinge (statt Brod ans Volk). Die neugeschaffne Aristokratie, welche die Correspondenten der Insel mit dem Ehren-Namen „Lumpen-Adel" belegen, besteht aus Herzogen, Hoheiten und Monseigneurs; die niederen Grade, d. h. Grafen und Barone, werden später nachfolgen. Die Grundzüge einer Constitution sind bereits aufgesetzt worden. Einer der ersten Artikel erklärt die Krone als erblich in dem Hause Soulouque, und zwar soll sie auf die „legitimen, natürlichen oder adoptirten Nachkommen" des Kaisers übergehen. Deputationen aus allen Theilen der Insel haben dem neuen Kaiser ihre Huldigung dargebracht. In mehreren Gegenden haben Einwohner erklärt, die Repräsentanten hätten sich durch Votirung des Gesetzes vom 23. August um das Vaterland verdient gemacht. (Köln. Ztg.)

Kammer-Verhandlungen.

57ste Sitzung der zweiten Kammer vom 20. November.

Tagesordnung: Fortsetzung der Berathung über Tit. II. Art. 17—23 der Verfassung, Berichte der Kommission für das Justizwesen über den Entwurf des Gesetzes, betreffend die Abänderung des §. 44 des Westpreußischen Provinzialrechts, und über den Antrag des Abg. Robe und Genossen. Berichte der Kommission für die Geschäftsordnung über die Anträge der Abg. Urlichs und Genossen und Gr. Renard und Genossen.

Die gestern vertagte Debatte über Art. 21 der Verfassung wird zunächst wieder aufgenommen. Abg. Wehmer spricht für die ursprüngliche Fassung, Abg. Bieck für die der ersten Kammer, mit Hinzufügung der Amendements v. Kleist-Retzow. Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt. — Nachdem noch für die ursprüngliche Fassung der Abg. Eckstein gesprochen hat, wird der Schluß der Diskussion angenommen.

Der Herr Minister v. Ladenberg erklärt sich wiederholt für Annahme der Amendements v. Kleist-Retzow, man möge einen solchen Zusatz nicht dem Unterrichtsgesetz überlassen.

Der Referent, Abg. Keller, vertheidigt die Fassung der Commission.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wird das erste Amendement des Abg. v. Kleist-Retzow verworfen, ebenso das des Abg. Poppe. Auch die Amendements der Abgg. Evelt und Landfermann bleiben in der Minorität. Ueber das zweite Amendement des Abg. Kleist-Retzow wird namentlich abgestimmt und dasselbe mit 183 gegen 108 Stimmen angenommen. Dadurch ist auch das erste Alinea aus der Fassung der ersten Kammer angenommen. Es werden hierauf die Amendements der Abg. Reichensperger, Junkmann, dritte v. Kleist-Retzow, Kellner verworfen, eben so die von den Abg. Kleist-Retzow und Evelt zum Kommissions-Antrage gestellten. Auch ein Amendement des Abg. Wentzel wird abgelehnt und endlich der vollständige Art. in folgender Fassung mit 182 gegen 119 Stimmen angenommen:

Art. 21. Bei der Einrichtung der Volksschulen sind die confessionellen Verhältnisse möglichst zu berücksichtigen. Die Organe der betreffenden Religionsgesellschaften nehmen mit Rücksicht darauf an der örtlichen Leitung der Volksschulen Theil. Die Leitung der äußeren Angelegenheit der Volksschule steht der Gemeinde zu. Der Staat stellt unter gesetzlich geordneter Betheiligung der Gemeinden, aus der Zahl der Befähigten die Lehrer der öffentlichen Volksschulen an.

Art. 22. lautet: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und, im Falle des nachgewiesenen Unvermögens, ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt." Die Fassung der ersten Kammer lautet: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volkschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. — Die Volksschullehrer erhalten ein den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen — Den Kindern unbemittelter Eltern wird der Unterricht, welchen der Art. 22. als gesetzlich nothwendig anordnet, unentgeltlich ertheilt." Die Commission beantragt: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffentlichen Volksschule werden von den Gemeinden und im Falle des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. — Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Lokalverhältnissen angemessenes Einkommen. — In der öffentlichen Volksschule wird der Unterricht unentgeltlich ertheilt."

Der Unterrichtsminister: Der erste Punkt betrifft die Aufbringung der Mittel für die Schule. Dieselbe dem Staate aufzulegen, würde mit Schwierigkeiten verknüpft sein und auch eine Ungerechtigkeit gegen die Vielen, welche nicht unmittelbar bei der Volsschule interessirt sind, enthalten. Deshalb sei jene Verpflichtung zunächst den Gemeinden zu übertragen, im Unvermögensfalle aber dem Staat. Unterlassen kann der Staat die Erfüllung dieser Pflicht keineswegs; die Mittel dazu müssen jedenfalls geschafft werden. Uebrigens habe der Staat, ohne es als Prinzip ausgesprochen zu haben, dasselbe bisher schon nach Kräften gethan. Außerdem komme es darauf an, die Leistungsfähigkeit der Gemeinden gehörig festzusetzen, um eine Ueberladung des Staats mit Beitragsverpflichtungen zu vermeiden. — Der zweite Punkt betrifft die Unentgeltlichkeit des Unterrichts in der Volksschule. In diesem Punkte enthalte die Verfassungsurkunde und der Commissionsantrag die Consequenz ihres Prinzips, nicht so der Antrag der ersten Kammer. Der Minister verweist hierbei auf die frühere Rede des Hrn. Stiehl. Praktisch übrigens werde der Unterschied nicht gar zu groß sein. — In dem dritten Satz, der aus Art. 23. hierher versetzt werden soll, stehen sich auch die Anträge der ersten Kammer und der Commission gegenüber. Der Minister erklärt sich für den Commissionsantrag, weil seine Ablehnung unter den Schullehrern die Besorgniß erregen möchte, es solle etwas ihnen bereits Gewährtes wieder genommen werden. Im Uebrigen sei auf die einzelnen Abweichungen in den Worten wenig Gewicht zu legen. Jedenfalls möge man die Zusicherung eines auskömmlichen Gehalts für die Lehrer aufnehmen. (Bravo.)

Herr Reichensperger: Es handle sich hier darum, ob der Schlußstein oder der Grabstein des Unterrichtsgesetzes gelegt werden solle. Der Redner beantragt, den Art. 22. zu streichen und demselben folgende Bestimmung zu substituiren: „Die Mittel zur Errichtung, Unterhaltung und Erweiterung der öffntlichen Volksschule werden von den Gemeinden, und im Fall des nachgewiesenen Unvermögens ergänzungsweise vom Staate aufgebracht. Die auf besonderen Rechtstiteln beruhenden Verpflichtungen Dritter bleiben bestehen. Der Staat gewährleistet demnach den Volksschullehrern ein festes, den Local-Verhältnissen angemessenes Einkommen. Den Kindern unbemittelter Eltern wird der Volksunterricht unentgeltlich ertheilt." Der Redner begründet diesen Antrag mit einer bekämpfenden Kritik des Systems der Staats-Volksschule, und führt die Autorität der Hrn. Cousin und Thiers für sich an, welche früher jenes System vertheidigt haben, das sie jetzt bekämpfen. Der unentgeltliche Schulunterricht sei, namentlich für die Aermeren, ein indirekter Zwang zu einer bestimmten Schule. Hr. Stiehl habe die Annahme des unentgeltlichen Schulunterrichts als eine billige Concession an den Socialismus dargestellt. Eine materielle Concession sei es nicht, wohl aber eine formelle, und zwar eine sehr folgenreiche. Gestehe man einmal dem Armen das Recht auf Bildung zu, so müsse man ihm weit mehr das Recht auf Arbeit und Unterhalt zugestehen. Das seien die Consequenzen des Sozialismus, welchen der Staat auch nicht den Schein einer Berechtigung zugestehen dürfe.

Während der letzten Rede übernimmt Hr. Simson den Vorsitz.

Der Unterrichtsminister überläßt es der Versammlung und der Nation, das verwerfende Urtheil des Vorredners über das preußische Unterrichtswesen zu würdigen. Zur Sache selbst bemerkt er, daß der Zustand, welchen er beabsichtige, die Regel; das Gegentheil desselben nur die Ausnahme sei, wie schon das Landrecht beweise. Die praktischen Bedenken des Vorredners widerlegt der Minister auf praktischem Wege. Eine Concession an die Demokratie habe die Regierung mit dem Art. 22. nicht machen wollen und auch nicht gemacht. Die Regierung begünstige die Demokratie eben so wenig, als sie dieselbe fürchte. Die einzige Rücksicht, die sie genommen habe und stets nehme, sei die auf das Wohl des Staates.

Herr Riedel für Art. 22. der Verfassung, der nur die Consequenz aller früheren Beschlüsse und längst anerkannter Grundsätze sei. Er erklärt sich namentlich gegen Herrn Reichensperger, dessen Amendement inconsequent und in der Ausführung mißlich sei. Die Schulgeld-Einrichtung unterscheide sich von dem unentgeltlichen Schulunterricht nur in dem Modus der Vertheilung der für die Erhaltung der Schule aufzubringenden Lasten. Durch den unentgeltlichen Schulunterricht werde diese Vertheilung eine viel verhältnißmäßigere und gerechtere. Diese Einrichtung sei auch keine neue, sondern eine seit den letzten Jahrzehenden des vorigen Jahrhunderts in vielen Gemeinden bestehende und bewährte.

Ein Antrag auf Schluß wird angenommen, ein Antrag auf Vertagung dagegen abgelehnt.

Gr. Schwerin übernimmt wieder den Vorsitz.

Herr Keller vertheidigt den Commissions-Antrag.

Bei der Abstimmung wird unter Verwerfung der Anträge der Herren Poppe, Junkmann, v. Viebahn, Bonseri, Keller, Landfermann, v. Kleist, v. Klützow, das erste Alinea in der Fassung der Commission angenommen.

Zum zweiten Alinea wird das Amendement Schimmel verworfen, eben so der Antrag der ersten Kammer mit 97 gegen 184 Stimmen; der Commissions-Antrag wird angenommen.

Zum dritten Alinea wird der Antrag des Herrn Bieck auf Streichung, ebenso die des Herrn Hesse und Schaffraneck, so wie der ersten Kammer abgelehnt, und der Commissionsantrag angenommen.

Art. 24. lautet: „Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen. Der Staat gewährleistet den Volksschullehrern ein bestimmtes auskömmliches Gehalt." Die Fassung der ersten Kammer lautet: „Ein besonderes Gesetz regelt das ganze Unterrichtswesen." Die Commission beantragt: „Ein besonderes Gesetz regelt das gesammte Unterrichtswesen."

Der Unterrichtsminister empfiehlt die von der ersten Kammer getroffene logische Anordnung der einzelnen Artikel, und empfiehlt in die von Herrn Stiehl beantragte transitorischen Bestimmungen folgenden Artikel aufzunehmen: „Bis zum Erlaß des in Art. 23. vorgeschriebenen Gesetzes bewendet es hinsichtlich des Schul- und Unterrichtswesens bei den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen."

Herr Reichensperger ist dagegen, weil es dann von einem einzigen Veto der Regierung abhinge, das ganze Unterrichtsgesetz zu annulliren.

Der Antrag des Herrn Stiehl wird fast einstimmig angenommen, ebenso der Commissionsantrag.

Zu Art. 17 — 23. sind von den Herrn Klingenberg und Linhoff Abänderungsvorschläge gemacht, welche in Bausch und Bogen verworfen werden.

Herr Keller beantragt, übereinstimmend mit der ersten Kammer, diesem Titel die Ueberschrift: „Von der Religion und dem Schulwesen" zu geben. Der Antrag wird abgelehnt. Damit ist die materielle Berathung der Verfassung geschlossen. Es folgt nun der Bericht der Geschäftsordnungskommission über einen Antrag des Gr. Renard, die Notirung der Redner, welche sich zum Worte melden, betreffend. Der rein formelle Antrag wird ohne Debatte angenommen.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 12 Uhr.

Tagesordnung: Beendigung der heutigen.

Locales ꝛc.

Posen, den 22. November. — Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung. In der gestrigen von zahlreichen Zuhörern besuchten, öffentlichen Sitzung der Stadtverordneten stattete der Vorsitzende Herr Müller einen ausführlichen Bericht über den Erfolg seiner Sendung nach Berlin ab. Zunächst suchte derselbe den Abgeordneten zur zweiten Kammer, Herrn Hirsch, gegen die ihm, wegen Zurückziehung seines Amendements gemachten Vorwürfe durch die Mittheilung zu rechtfertigen, daß alle Abgeordneten, mit welchen die Deputation in Berlin über diesen Gegenstand gesprochen, das Verfahren des Herrn Hirsch in Schutz genommen, indem die Unterstützung seines Amendements ihm von Vielen nur unter der Bedingung zugesagt worden, daß er dasselbe vor der Abstimmung zurückziehe, weil sie durch eine Forderung von 26 Millionen nicht das Schicksal der Ostbahn, so wie der Westphälischen und Saarbrücker Bahn gefährdet sehen wollten. Ueberdies sei die Aussicht auf einen günstigen Erfolg im Allgemeinen so gering gewesen, daß eine Niederlage unvermeidlich geschienen, wodurch dann jedem erneuten Einbringen des Antrags unter günstigern Auspicien präjudizirt worden wäre, weil ein abgelehnter Antrag in derselben Kammersession nicht wieder vorgebracht werden darf. Aus diesem Grunde habe Herr Hirsch sein Amendement auch ausdrücklich mit dem Zusatz „für jetzt" zurückgezogen. Sodann erwähnte der Redner, daß der Deputation Seitens der Posener Abgeordneten zu beiden Kammern die bereitwilligste Unterstützung zu Theil geworden, und daß namentlich der Abgeordnete zur ersten Kammer, Herr Berger, sie auf allen, nicht immer erfreulichen, Gängen begleitet und alle Kräfte aufgeboten habe, ihrer Mission ein günstigen Erfolg zu verschaffen. Demnächst berichtete der Redner, daß die Deputation sich gleich nach ihrem Eintreffen in Berlin zu verschiedenen Kammermitgliedern begeben, um den wahren Stand der Sache zu erfahren, wodurch sie zu der Ueberzeugung gelangt, daß durch die zweite Kammer ein Erfolg für den Augenblick nicht mehr erzielt werden kann, und daß dies nur noch durch die erste Kammer möglich sei. Der Posener Abgeordnete, Hr. v Hertefeld, theilte dieselbe Ansicht und berief sämmtliche Posener Abgeordneten zur ersten Kammer zu einer Conferenz, in welcher einstimmig der Beschluß gefaßt wurde, den Bau der Posen-Breslauer Eisenbahn demnächst in der ersten Kammer zu beantragen, sei es als Amendement zu der ministeriellen Vorlage, oder sei es mittelst besonderen Antrags. Alle Abgeordneten zur ersten Kammer, so viele davon die Deputation in Berlin gesprochen, äußerten sich dem Projecte günstig und verhießen, dasselbe zu unterstützen. Sodann erbaten die Deputirten sich Audienzen bei den Hrn. Ministern des Handels, der Finanzen, des Innern und des Kriegs. Der Handels-Minister Herr von der Heydt erklärte, daß er die Posen-Breslauer Bahn in die Regierungsvorlage nicht habe mit aufnehmen können, weil die Vorarbeiten nicht beendet gewesen, die Kosten des Baues der Bahn mithin noch nicht überschläglich sich berechnen ließen und außerdem der Finanzminister Bedenken trage, eine größere Summe als 21 Millionen von den Kammern zum Eisenbahnbau zu verlangen. Er sei übrigens durchaus für den Bau, der erfolgen werde und müsse; er habe deshalb auch schon den beiden Herrn Oberpräsidenten von Posen und Schlesien den Auftrag ertheilt, ihr Gutachten über die beste Richtung der Bahn (es liegen drei Linien vor) einzureichen. Er habe gehofft, den Bau durch eine Actien-Gesellschaft, namentlich die Stargardt-Posener, zu Stande zu bringen, doch hätten die Unterhandlungen in der letzten Zeit sich wieder zerschlagen. Eine neue Kammervorlage rücksichtlich dieser Bahn könne er nun nicht mehr machen, doch wolle er der ersten Kammer durchaus nicht vorgreifen, und sei es gern zufrieden, wenn die Kammern die Bahn noch unter die demnächst zu erbauenden Staatsbahnen aufgenommen wissen wollten. In ganz entgegengesetztem Sinne sprach sich der Finanzminister Hr. v. Rabe aus, der sich für jetzt geradezu **gegen** den Bau erklärte, indem er hinzufügte, man müsse nicht zu viel zu gleicher Zeit anfangen, weil man dann Gefahr laufe, nichts zu Ende zu bringen; wenn die anderen Bahnen fertig wären, solle die Posen-Breslauer daran kommen. Er legte überhaupt auf diese Bahn so wenig Gewicht, daß er äußerte: bei dem geringen Verkehr in dieser Richtung solle der Staat 5 Mill. verwenden, wovon er wahrscheinlich nicht einen Groschen zurückerhalten werde. Alle Versuche der Deputirten, den Hrn. Minister dem Project günstiger zu stimmen, waren vergebens, und sie würden in ihren Hoffnungen sehr deprimirt worden sein, wenn nicht die Hrn. Minister des Kriegs und des Innern sich lebhaft für den Bau interessirt und ihre ganze Unterstützung zugesagt hätten. Beide erklärten die Bahn für durchaus nothwendig, und Hr. v. Manteuffel versprach, die Angelegenheit noch einmal im Ministerrathe zur Sprache zu bringen, damit, wenn möglich, die Bahn noch unter die sofort zu bauenden Staatsbahnen aufgenommen werde.

Da die Deputirten bald nach ihrer Ankunft in Berlin erfuhren, daß auch von Stettin eine Deputation in derselben Angelegenheit erwartet werde, so wurde sofort nach Stettin geschrieben, und letztere eingeladen, so bald als möglich nach Berlin zu kommen, um gemeinschaftlich für die beregte Bahn wirken zu können. Wirklich traten auch zwei Tage darauf der Oberbürgermeister Hering als Deputirter der Stadt, der Geheime Rath Masche als Deputirter der Stargardt-Posener Eisenbahngesellschaft, nnd der Consul Rahm als Abgeordneter der Kaufmannschaft, in Berlin ein, mit denen nun die Deputation alsbald zu einer Conferenz zusammentrat und weitere Schritte berieth. Auch von Breslau wurde eine Deputation erwartet, doch war darüber für den Augenblick etwas Näheres nicht in Erfahrung zu bringen, da der Breslauer Abgeordnete zur ersten Kammer nicht anwesend war. In einer Conferenz, welche die Posener und Stettiner Deputirten noch am letzten Mittwoch mit einer großen Anzahl von Abgeordneten zur zweiten Kammer im Lokal der letztern abhielt, wurde beschlossen, daß sowohl die Posener Deputation als auch die Stettiner sofort Petitionen an die erste Kammer richten, und die Breslauer Stadt-Behörde zu einem gleichen Schritte aufgefordert werden solle. Die Posener Deputirten concipirten alsbald eine solche, die dem Abgeordneten Herrn Berger zur weitern Beförderung, so wie zur Besorgung des Abdrucks in einer angemessenen Zahl von Exemplaren, übergeben wurde; ein Gleiches geschah von den Stettiner Deputirten, die noch länger in Berlin zurückblieben, um ihrerseits noch Versuche zu machen, auf die Herren Minister, so wie auf die Abgeordneten zur ersten Kammer zu Gunsten der Posen-Breslauer Bahn einzuwirken. — Nach Beendigung dieses Vortrags erhob sich die ganze Versammlung auf den Antrag des Herrn Kaatz, um der Deputation ihre Anerkennung auszudrücken.

(Schluß folgt.)

Posen, den 22. November. — In der Nacht vom Montag zum Dienstag brannte das auf dem Wege zum Eichwalde gelegene Etablissement Neu-Amerika gänzlich nieder, bevor noch die erste Spritze aus der Stadt zur Hülfe herbeikommen konnte. Ueber den Entstehungsgrund des Feuers verlautet noch nichts Ge-

wisses. Die helle Flamme wurde übrigens von mehreren Einwohnern gesehen und kann ebensowenig von unsern Wächtern unbemerkt geblieben sein. Auffallender Weise ist aber in der Stadt nicht allarmirt worden. Es erschien später zwar eine städtische Spritze, jedoch ohne Hülfsmannschaften (?!). Das Feuer brannte noch bis zum andern Vormittage, dennoch aber waren Löschmannschaften nicht requirirt worden. Der umsichtigen Thätigkeit unseres Rettungsvereins in Feuersgefahr wäre es gewiß leicht gelungen, die Flammen zu dämpfen und das Gebäude dem gänzlichen Ruin zu entreißen.

‡ Bromberg, den 20. Novbr. Die Erndte ist nun seit einiger Zeit beendet und gewährt jetzt, da die Resultate derselben mehr überblickt werden können, ein sehr erfreuliches Bild. Die Kartoffeln sind im Ganzen sehr gut gerathen, nur an einzelnen Orten gewahrte man Kartoffelkrankheit, jedoch auch hier nur im geringen Grade; die sich früh einstellenden Fröste haben jedoch einen Theil der Erndte vernichtet. Der Preis derselben ist 9, ja an einigen Orten sogar nur 8 Sgr. Der Roggen gilt im Durchschnitt 25 bis 28 Sgr., die Gerste 20 Sgr., der Hafer $17\frac{1}{2}$ Sgr.; allein der Waizen ist theuer und gilt bis 2 Rthlr. den Scheffel. Auch die Wintersaaten stehen wieder sehr gut. Die Schifffahrt ist ebenfalls in den letzten zwei Monaten außerordentlich belebt gewesen, da den Kanal, der nun seit dem 1. Oktober wieder in seiner ganzen Ausdehnung befahren werden kann, 630 beladene, 112 unbeladene Kähne und über 1 Million Kubikfuß Holz passirten, während dagegen z. B. im Juli und August nur 533 beladene, dagegen 151 unbeladene Kähne durch die damals fahrbaren Schleusen gingen. In Rücksicht der Landeskultur ist sonst noch die erfreuliche Thatsache mitzutheilen, daß die Pferdezucht in unserem Departement jetzt die Höhe erreicht hat, um bereits aus demselben für das Militair einigen Ersatz nehmen zu können. So ist bei den in den Städten Bromberg, Znin und Wągrowiec in diesem Jahre abgehaltenen Remonte-Märkten die Summe von 23 Pferden für Rechnung der Staatsfonds mit dem Gesammtpreise von 1825 Rthlr. gekauft; darunter sind 14 Stück von größeren Züchtern, 9 von Bauern und kleineren Besitzern gezogene. Auch die früher in unsern Gegenden so häufig vorkommende Rinderpest, die im Augenblicke in dem Königreich Polen mit großer Gewalt wüthet, ist jetzt durch die Absperrung der Grenze bei uns seit längerer Zeit gänzlich verschwunden.

‡ Bromberg, den 21. November. Die Cholera hat unserem Departement eine außerordentliche Zahl von Opfern gekostet; der Kreis Gnesen zählt über 600, der Kreis Inowraclaw 1190, der Bromberger Kreis 500, der Schubiner 700 Choleratodte, und es sollen im Ganzen über 4800 Menschen im Bromberger Regierungsbezirke der Krankheit erlegen sein. Im Gefolge der Cholera, die nun bis auf wenige Ortschaften verschwunden ist, treten nervöse Fieber und das Typhoid auf, welche Krankheitsformen uns noch immer viele Menschenleben entreißen. Rechnet man hierzu die zahlreichen Opfer, welche die Cholera im vorigen Jahre aus unserer Mitte genommen hat, und die gewiß hinter der diesjährigen Zahl kaum zurückbleiben, dazu die vielen in der Polnischen Insurrektion Gefallenen, so kann man wohl die Behauptung aufstellen, daß die Reihen der Einwohner unseres Departements in den beiden letzten Jahren unverhältnißmäßig stark gelichtet sind, und daß dies auf die Verminderung der Ueberfüllung aller Handwerke 2c. einen nicht unbedeutenden Einfluß üben muß. Die Zeiten fangen sich übrigens in unserem Departement auch in anderer Beziehung wesentlich zu bessern an. Die Regierung hat nämlich in weiser Vorsorge für die so sehr darniederliegende Tuchfabrikation die Anordnung getroffen, daß einige Städte, deren Hauptnahrungszweig in diesem Gewerbe besteht, für das Militair Tuche liefern. Dazu kommt der ungeheure Einfluß, den der Betrieb der Eisenbahn auf die ganzen nördlichen Gegenden unseres Departements ausübt; Maurer, Zimmerleute, Handarbeiter, ja man kann sagen, mit ihnen die ganzen Kreise gewinnen durch diesen Bau, der so enorme Geldmittel in Cirkulation setzt. Wie wir hören, sollen auch die Schienen für diese Bahn großentheils von den in unserm Regierungsbezirk belegenen Eisengießereien geliefert werden, so daß also das nächste Jahr den hiesigen Bewohnern freundlich entgegenlächelt. Bei so stark in Betracht kommenden materiellen Interessen ist es daher auch wohl erklärlich, daß in dem nördlichen Theile unseres Departements die Politik mehr und mehr in den Hintergrund tritt, während dieselbe allerdings in den südlicheren Kreisen noch immer einiges Interesse gewährt, namentlich da sie jetzt wieder durch die Aussicht auf die Demarkationslinie größere Wichtigkeit erhält. — Gestern fiel bei uns der erste Schnee, und zwar gleich in ziemlich reichlichem Maaße.

Verantw. Redakteur: C. E. H. Violet.

Dem Schifffahrttreibenden Publikum zur Nachricht!

Am 18ten d. Mts. gelangte ich mit meinem beladenen Kahne vor die Brücke zu Obornik, und verlangte durchgelassen zu werden. Da mir das Passiren der Brücke durch die Leute des dortigen Brückenzoll-Pächters dadurch sehr erschwert wurde, indem dieselben während des Durchgehens meines Kahnes die Brücke absichtlich mehrmals fallen ließen, so verweigerte ich diesen Leuten auch das mir abgeforderte Brücken- resp. Trinkgeld, was zur Folge hatte, daß ich von diesen Leuten als ein Betrüger und Spitzbube behandelt und ausgeschimpft, und auf die hierüber bei dem Bürgermeister zu Obornik geführte Beschwerde nicht nur kein Recht fand, sondern von diesem Beamten selbst wörtlich und thätlich insultirt wurde, und bei dieser Gelegenheit auch noch aus dem Bureau geworfen werden sollte. Nur erst von dem dortigen Herrn Kreis-Landrath wurde mir mein gutes Recht gewährt, von dem ich auch erfuhr, daß der Brückenzoll-Pächter kontraktlich zur unentgeldlichen Aufziehung der Warthebrücke verpflichtet ist.

Indem ich meinen Herren Kollegen hiervon Kenntniß gebe, warne ich dieselben zugleich vor der Willkür des Oborniker Bürgermeisters und des dortigen Brückenzoll-Pächters.

Posen, den 21. November 1849.

Fried. Drechsler, Schiffseigenthümer in Posen.

Mein Preußenland.

Wenn man mich fragt im fremden Land,
Wo ich die Welt erblickte,
Wo meiner Kindheit Wiege stand,
Mich das Gesetz beglückte,
Und wie mein theures Vaterland,
Von seinem Volk geheißen;
Dann ruf' ich stolz ihm zugewandt:
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Und wenn ich seh im fremden Land
Wie Freiheit wild regieret,
Man die gepries'ne Gleichheit fand,
Die Zwietracht mit sich führet:
Dann blick ich auf mein Vaterland,
Vom König: „treu" geheißen,
Und rufe stolz ihm zugewandt:
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Und wenn ich seh im fremden Land,
Wie Ruh und Glück verschwindet,
Wie man zerrissen jedes Band,
Das Volk und Fürst verbindet:
Dann blick' ich auf mein Vaterland,
Wo nie die Bande reißen,
Und rufe stolz ihm zugewandt:
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Und wenn ich seh im fremden Land,
Das sie mit Blut bespritzen,
Wie keines Fürsten tapfre Hand
Es kann vor Feinden schützen:
Dann blick ich auf mein Vaterland,
Wo jeder Prinz ein Held,
Und rufe stolz ihm zugewandt:
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Und wenn ich seh im fremden Land,
Bedroht von Ungewittern,
Wie sie vor ihres Fürsten Hand
Wie feige Sclaven zittern,
Dann blick ich auf mein Vaterland,
Wo wir ihn Vater heißen,
Und rufe stolz ihm zugewandt:
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Und fragt man mich im fremden Land,
Wohin geht denn dein Streben,
Wenn einst dein Körper Ruhe fand?
Will ich zur Antwort geben:
Dann schmücket mir mein Grabgewand
Mit Bändern, schwarz und weißen,
Und tragt mich in mein Vaterland,
„Mein Vaterland heißt Preußen!!"

Markt-Bericht.

Berlin, den 21. November.

Am heutigen Markt waren die Preise wie folgt: Weizen nach Qualität 52—56 Rthlr. Roggen loco und schwimmend $26\frac{1}{2}$—$28\frac{1}{2}$ Rthlr., pr. Novbr. u. December $26\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $26\frac{1}{4}$ G., pr. Frühjahr $27\frac{3}{4}$ Rthlr. bez., 28 Br., $27\frac{3}{4}$ G. Gerste, große loco 24 bis 26 Rthlr., kleine 20 — 22 Rthlr. Hafer loco nach Qualität 16 - 18 Rthlr., pr. Frühjahr 48pfd. 16 Rthlr. Br., $15\frac{1}{2}$ G., 50pfünd. $16\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $16\frac{1}{4}$ G. Rüböl loco $14\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $14\frac{2}{3}$ G., pr. November $14\frac{2}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{7}{12}$ G., November/Decber. $14\frac{7}{12}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{2}$ bez. u. G., Decbr./Januar $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{3}$ G., Jan./Februar $14\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., Febr./März $14\frac{1}{6}$ Rthlr. Br., 14 G., März/April $13\frac{11}{12}$ Rthlr. Br., $13\frac{3}{4}$ G., April/Mai $13\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $13\frac{2}{3}$ G. Leinöl loco $12\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $12\frac{5}{12}$ bez., November/Decbr. $12\frac{1}{3}$ Rthlr. Br., $12\frac{1}{6}$ G., pr. Frühjahr $11\frac{3}{4}$ Rthlr. Br., $11\frac{1}{2}$ G. Mohnöl $15\frac{1}{2}$ à 15 Rthlr. Hanföl $13\frac{1}{2}$ Rthlr. Palmöl $12\frac{1}{3}$ Rthlr. Südsee Thran $12\frac{1}{3}$ Rthlr.

Spiritus loco ohne Faß $14\frac{1}{3}$ Rthlr. bez., mit Faß pr. November u. Novbr./December $14\frac{1}{2}$ Rthlr. Br., $14\frac{1}{4}$ G., pr. Frühjahr $15\frac{1}{2}$ à $\frac{2}{3}$ Rthlr. bez. u. G.

Berliner Börse.

Den 21. November 1849.	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe	5	$106\frac{3}{4}$	$106\frac{1}{4}$
Staats-Schuldscheine	$3\frac{1}{2}$	$89\frac{1}{4}$	$88\frac{3}{4}$
Seehandlungs-Prämien-Scheine	—	102	—
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	$3\frac{1}{2}$	—	$85\frac{1}{2}$
Berliner Stadt-Obligationen	5	104	—
Westpreussische Pfandbriefe	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{1}{2}$
Grossh. Posener „	4	—	—
„ „	$3\frac{1}{2}$	—	$89\frac{3}{4}$
Ostpreussische „	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
Pommersche „	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{2}$
Kur- u. Neumärk. „	$3\frac{1}{2}$	$95\frac{3}{4}$	$95\frac{1}{2}$
Schlesische „	$3\frac{1}{2}$	—	94
„ v. Staat garant. L. B.	$3\frac{1}{2}$	—	—
Preuss. Bank-Antheil-Scheine	—	—	—
Friedrichsd'or	—	$13\frac{7}{12}$	$13\frac{1}{2}$
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	$12\frac{2}{3}$	$12\frac{1}{2}$
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Actien (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	86
„ Prioritäts-	4	—	$93\frac{1}{2}$
Berlin-Hamburger	4	81	—
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$98\frac{1}{2}$
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	$64\frac{1}{2}$
„ „ Prior. A. B.	4	92	—
„ „ „	5	$101\frac{1}{4}$	$101\frac{1}{4}$
Berlin-Stettiner	4	—	104
Cöln-Mindener	$3\frac{1}{2}$	—	$94\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	$4\frac{1}{2}$	—	$100\frac{3}{8}$
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	$3\frac{1}{2}$	—	$83\frac{1}{2}$
„ Prioritäts-	4	—	$93\frac{1}{2}$
„ „	5	—	103
„ „ III. Serie	5	$102\frac{3}{4}$	—
Ober-Schlesische Litt. A.	$3\frac{1}{2}$	—	[illegible]
„ „ B.	$3\frac{1}{2}$	—	105
Rheinische	—	—	—
„ Stamm-Prioritäts-	4	$79\frac{1}{2}$	—
„ Prioritäts-	4	—	—
„ „ v. Staat garantirt	$3\frac{1}{2}$	—	—
Thüringer	4	66	—
Stargard-Posener	$3\frac{1}{2}$	—	84

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Die am heutigen Tage früh $5\frac{3}{4}$ Uhr erfolgte schwere, aber glückliche Entbindung seiner geliebten Frau, Agnes geb. Hevelke, von einem gesunden Knaben, zeigt theilnehmenden Bekannten hiermit an Divisionsprediger Bork.

Posen, den 22. November 1849.

Im Hofe des hiesigen Geistlichen-Seminars beim Dome sollen am Montag den 26. November, Nachmittags um 3 Uhr, alte Hölzer, die aus dem Abbruche von Gebäuden erübrigt worden sind, gegen gleich baare Bezahlung meistbietend verkauft werden, wozu Kauflustige hierdurch eingeladen werden.

Posen, den 19. November 1849.

Schinkel, Bau-Inspektor.

Ein junger Mann, mit guten Schulkenntnissen versehen, zugleich eine schöne Hand schreibend, und vollkommen im Rechnen mächtig, findet sofort ein Unterkommen

Breitestraße No. $\frac{110.}{10.}$

Stadt-Theater in Posen.

Freitag den 23. November: Auf vieles Verlangen: Martin der Findling; romantisches Schauspiel in 5 Aufzügen nach Eugen Sue, frei bearbeitet von Ludwig Meyer.

Sonnabend den 24sten November wird im Stadttheater ein großes Konzert mit Orchester von dem Violinisten Nicodem Biernacki gegeben.

Billets sind in den Buchhandlungen der HH. E. S. Mittler und Gebr. Scherk, so wie in der Conditorei bei Prevosti im Bazar zu haben. Die Preise der Plätze sind denen der dramatischen Vorstellungen gleich und zwar: 1ste Rangloge 15 Sgr., Sperrsitz 15 Sgr., Parterre 10 Sgr., 2te Rangloge $7\frac{1}{2}$ Sgr.

Montag den 26sten November d. J. Abends pünktlich um 7 Uhr im Saale des Hôtel de Saxe findet die 2te Sinfonie-Soirée statt. Einzel-Billets für Abonnenten und Nicht-Abonnenten werden in der Scherkschen und in der Mittlerschen Buchhandlung verkauft.

Die Direktion des Sinfonie-Vereins.